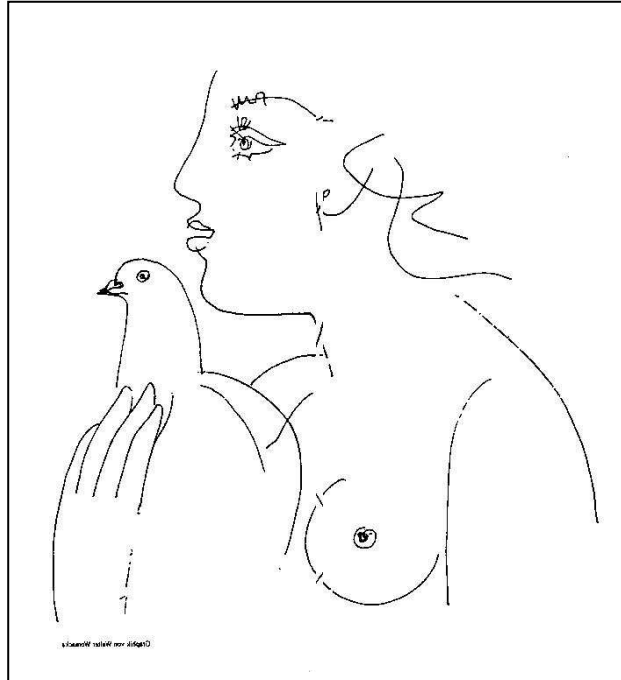


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 85



Strafgerichtshof für Afrika?

Eine Kolumne des Völkerrechtlers Norman Paech

(Veröffentlicht in „Neues Deutschland“ am 18.05.2011)

Stammesführer drängen auf Beendigung des Krieges und plädieren für Einheit und Freiheit von Libyen

(Rolando Segura, Sonderkorrespondent für Telesur (ALBA) in Tripolis)

Am Parlament vorbei

Von Sevim Dagdelen

(Veröffentlicht in „junge Welt“ am 17. Mai 2011)

Der lachende Dritte

german-foreign-policy.com - Newsletter vom 16.05.2011

Strafgerichtshof für Afrika?



Foto: ND/Burkhard Lange

Norman Paech ist emeritierter Professor für Öffentliches Recht. Er war außenpolitischer Sprecher der LINKEN

Staatsanwälte, so wird es angehenden Juristen mit auf den Weg gegeben, sind die Kavallerie der Justiz, schneidig, aber dumm. Dass es davon auch Ausnahmen gibt, spricht nicht gegen diesen Satz. Die Geschwindigkeit, mit der der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag, Luis Moreno-Ocampo, einen Haftbefehl gegen Muammar al-Gaddafi, dessen Sohn Saif al-Islam und den Chef des Geheimdienstes, Abdullah Senussi, geschrieben hat, entspricht bei uns der Frist, innerhalb der ein Gebührenbescheid für eine Geschwindigkeitsüberschreitung im Straßenverkehr ausgestellt wird.

Gerade einmal zehn Wochen sind vergangen, seit der UN-Sicherheitsrat am 26. Februar sein Mandat für die Ermittlungen im Libyen-Konflikt erteilt hatte, und schon liegt ein detaillierter Haftantrag vor – das ist schneidig. Zum Vergleich: seit bald einem Jahr brütet die deutsche Bundesanwaltschaft über einer Strafanzeige, die gegen die Verantwortlichen für den Angriff auf die »Mavi Marmara« und den Tod von neun Passagieren eingereicht worden ist. Inzwischen liegt eine umfangreiche Untersuchung des UN-Menschenrechtsrats mit dem Vorwurf von Kriegsverbrechen vor, aber eine Entscheidung der Bundesanwaltschaft ist nicht absehbar. Und die Forderung der Goldstone-Kommission nach gerichtlichen Konsequenzen der Kriegsverbrechen im Gaza-Krieg 2008/2009 liegt immer noch unerle-

digt beim UN-Sicherheitsrat, da die USA die Weiterleitung an den IStGH blockieren.

Staatsanwälte sind weisungsabhängig, und das ist der Chefankläger beim IStGH auch. Er hat die Vorwürfe, die ihm der Sicherheitsrat übermittelt, zu prüfen – darin ist er unabhängig. Doch die Vorwürfe wiegen schwer: massenhafte Morde an Zivilisten, Folter, Verfolgung Unschuldiger, gezielte Vergewaltigungen, Scharfschützen hätten auf Menschen geschossen, die gerade aus den Moscheen kamen – alles schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit und strafbar.

Es ist nicht bekannt, dass Moreno-Ocampo ein Ermittlungsteam nach Libyen geschickt hat, es hätte dann wohl auch ein Auge auf die Kriegsführung der Rebellen und ihrer NATO-Alliierten werfen müssen. Aber der Druck der Auftraggeber war offensichtlich zu stark, um sich Zeit zu lassen für umfangreiche und genaue Recherchen vor Ort. Denn der Gerichtshof wird von der NATO als weitere Waffe in ihrem Krieg gegen Gaddafi geführt. Da die Bombardierung aus der Luft und von der See aus sowie die diplomatische, finanzielle und militärische Unterstützung der Rebellen Gaddafi bisher nicht haben stürzen können, soll der Haftbefehl weiteren Druck erzeugen. Das jüngste Angebot Gaddafis zur Waffenruhe wird ebenso ignoriert wie der seit März vorliegende Friedensplan der Afrikanischen Union. NATO und Rebellen geht es offensichtlich weniger um den Frieden und den Schutz der Zivilbevölkerung, sondern um die Beseitigung Gaddafis.

In der Folgsamkeit des Anklägers liegt aber auch seine Dummheit. Merkt er nicht, dass er mit seiner Eilaktion nur den Ruf des IStGH als »Kolonialgericht« und »Afrikanisches Strafgericht« weiter entwertet? Wo sind die Anklagen wegen Kriegsverbrechen in Afghanistan, Irak oder Gaza? Die Täter der NATO und Israels sind offensichtlich immun vor diesem Gericht, nur nicht die aus Afrika. Um keine Zweifel aufkommen zu lassen: Sollten sich die Vorwürfe erhärten, müssten sie vor dem Gericht geklärt werden.

Aber dieses Gericht erhält erst dann seine Legitimität, wenn es die Worte des Nürnberger Chefanklägers Jackson beherzigt: »Wir dürfen niemals vergessen, dass nach dem gleichen Maß, mit dem wir die Angeklagten heute messen, auch wir morgen von der Geschichte gemessen werden. Diesen Angeklagten einen vergifteten Becher reichen, bedeutet, ihn an unsere eigenen Lippen zu setzen. «

* * *

Stammesführer drängen auf Beendigung des Krieges und plädieren für Einheit und Freiheit von Libyen

Rolando Segura, Sonderkorrespondent für Telesur (ALBA) in Tripolis, informiert über die "Nationale Konferenz der Libyschen Stämme des Friedens, der Einheit und des Dialogs"

Zwei Tausend Vertreter von 850 Stämmen haben sich in Tripolis in Libyen zum größten gesellschaftlichen Ereignis seit dem Beginn des Konfliktes versammelt.

Die Stammesführer haben die bewaffneten Aufständischen und die NATO aufgefordert, den Krieg zu beenden. Die Teilnehmer haben die Entscheidungen der Stämme von Libyen über die aktuelle Situation in ihrem Land besprochen und ihre Positionen festgelegt. Der Grundtenor war "Wir sind mit Ghaddafi bis zum letzten Mann und bis zum letzten Blutropfen". Der nächste Schritt wird darin bestehen, sich nach Benghazi zu begeben. Das Treffen endete mit dem gemeinsamen Gesang der Hymne von Libyen.

Zweitausend Scheiche und Stammesälteste sind vom 5. - 8. Mai 2011 in Tripolis, Libyen, zusammengekommen, um die Situation in Libyen zu besprechen.

Die Diskussion konzentrierte sich die auf drei Hauptinhalte:

1. Die Beendigung des Blutbades in Libyen.

2. die Einheit des libyschen arabischen Jamahiriya aufrechtzuerhalten,
3. die ausländische Intervention und die Aggression zurückzutreiben

Dieser Inhalt spiegelt sich in folgender Erklärung wieder:

„ Hiermit stellen wir fest:

1. Libyen ist ein unabhängiges Land, und Nicht - Libyer haben keine Legitimität, um zu intervenieren und es ist ausschließlich das Recht der Libyer, ihr politisches, wirtschaftliches und soziales System frei zu wählen.
2. Die Einheit Libyens und seine Unabhängigkeit sind unantastbar und das ist kein Thema von Diskussionen oder Kompromissen.
3. Muammar Gaddafi ist ein historischer Führer und ein Symbol für die libysche Revolution und der Baumeister von Al Jamahiriya, es gibt keinen Weg, ihn aufzugeben oder ihn fortgehen zu lassen. Das Land und seine Institutionen und die Departements sind das Eigentum der Libyer, und nur sie haben die Freiheit des Handhabens darüber.
4. Wir haben entschieden, eine Deklaration der Toleranz für diejenigen herauszugeben, die ihre Waffen niederlegen. Es werden Komitees gebildet, um die Martyrer und die Verletzten zu sammeln und die vermissten Menschen festzustellen und zu zahlen.
Außerdem werden die Komitees die Schäden schätzen, die durch die Ereignisse verursacht sind und einen Mechanismus in Gang setzen, um alle menschlichen und materiellen Verluste zu ersetzen. Es wird ein Komitee zusammengesetzt, um die Ursachen der Krise zu untersuchen und diejenigen zu festzustellen, die für den Ausbruch der Gewalt verantwortlich sind.
5. Wir verurteilen die Handlung der Auslandseinmischung in innere Angelegenheiten und diejenigen, die die Aggression begünstigt haben und betrachten es als Verrat.
6. Wir fordern alle Stämme auf, die Verräter zu verlassen und sie nicht zu unterstützen und ihnen in jedem Fall nicht zu

helfen und sich zu weigern, mit ihnen zu kommunizieren oder mit ihnen zu verhandeln.

7. Alle Abmachungen, die von Mitarbeitern und Verrätern mit jedem fremden Land betrieben wurden, sind ungültig.
8. Wir arbeiten an einem allgemeinen Amnestie-Gesetz, welches eine Amnestie für diejenigen vorsieht, die in die Ereignisse verwickelt sind und Waffen aufgenommen haben. Wir tun dies um ein neues Zeitalter der Toleranz zu beginnen.
9. Der Nationale Reichtum und unsere Ressourcen, wie Öl, Benzin und Wasser und das eingefrorene Kapital, alles, was für die Libyer notwendig ist, bleibt Eigentum unseres Landes und darf nicht angetastet werden. Nationale Projekte wie der Große Man-Made-River, die Häfen, die Flughäfen und die Fabriken müssen geschützt werden. Außerdem wird das Verschwinden des Reichtums und der Infrastruktur als ein Verbrechen des Verrates betrachtet und wird unter den Schutz der libyschen Truppen gestellt.
10. Die Verhandlungen zum Thema einer neuen Verfassung werden in Gang gesetzt und es wird der Aufgabenbereich bestimmt, um die Rechte der Bürger und die Grundfreiheiten zu schützen, ein Komitee von Experten und Fachmännern wird damit beauftragt, ein Projekt für die Diskussion und das Referendum zu entwickeln.

11. Auf der außenpolitischen Ebene stellen wir fest:

Erstens: Wir rufen auf, den Frieden wiederherzustellen. Initiativen von regionalen und internationalen Maßnahmen für einen Prozess für die Beendigung der Aggression sollen gesichert werden.

Zweitens: Die Zurückweisung der Resolutionen 1970 und 1973 des UN-Sicherheitsrates

Drittens: Mit Nationen des Westens wird nach der Beendigung der Aggression verhandelt werden, um die libyschen Westbeziehungen auf neuen Fundamenten so zu ordnen, dass sie den gegenseitigen Interessen entsprechen. Oberste Priorität für uns ist Frieden, Stabilität und Rücksicht auf die Unabhängigkeit Libyens.

Viertens: Die nicht dauerhaften Mitglieder des Sicherheitsrates und die Länder, die sich bei der Abstimmung zu den Resolutionen 1970 und 1973 enthielten, werden aufgefordert, Anstrengungen zu unternehmen, diese zwei Resolutionen zu annullieren und sie zu revidieren.

Fünftens: Wir bitten die arabischen Stämme und arabischen Menschen, besonders in den Ländern, die die Aggression gegen Libyen unterstützten: *Empören Sie sich gegen Ihre Regierungen, die die Aggression gegen die libyschen Menschen bestätigt und unterstützt haben.*

Sechstens: Die Retention der libyschen Menschen (Vorrecht) in der Strafverfolgung von Ländern, Organisationen und Körpern, Personen und Einrichtungen, die die Aggression erleichtert oder sie gefordert haben.

Siebtens: Wir fordern die afrikanische Union auf, ihre Rolle für die Beendigung der Aggression zu spielen.“

(Der Text ist eine Übersetzung aus dem Englischen auf der Basis eines Films, der am Ort des Geschehens der Versammlung der libyschen Stämme in Tripolis, Libyen, gedreht wurde.)

* * *

- Am Parlament vorbei -

Bundesregierung nutzt Libyen-Krise, um Öffentlichkeit an bewaffnete Einsätze ohne Zustimmung des Bundestages zu gewöhnen

Von **Sevim Dagdelen** - MdB, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages und Sprecherin für internationale Beziehungen der Fraktion Die Linke

Die schwarz-gelbe Koalition versucht, im Zuge des Libyen-Konflikts einen neuen Typus bewaffneter Einsätze der deutschen Streitkräfte zu etablieren. In der jüngsten Antwort auf die kleine Anfrage, die ich als Abgeordnete im Zusammenhang mit dem deutschen Kommando-Unternehmen auf dem Gelände der deutschen BASF-Tochter Wintershall im libyschen Nafura stellte (BT-Drs. 17/5359) spricht die Bundesregierung von einem »gesicherten Einsatz«, der nicht vom Parlamentsbeteili-

gungsgesetz (ParlBG) erfasst sein soll. Damit wird gezielt versucht, das Grundgesetz zu umgehen und sich um eine Zustimmung des Bundestages zu mogeln. Die Bezeichnung »gesicherter Einsatz« bezeichnet eine bewaffnete Unternehmung, die nicht als kriegerisch betrachtet wird, weil die getragenen Waffen nicht zum Einsatz kamen oder angenommen wird, dass diese nicht eingesetzt werden müssen. Mit dieser Wortakrobatik soll eine »konkludente« Zustimmung des in seinen Hoheitsrechten verletzten Staates herbeifabuliert werden.

Obwohl bei dem Streitkräfteeinsatz Waffen getragen wurden und das Hoheitsgebiet Libyens missachtet wurde, behauptet die Bundesregierung: »Parlamentsbeteiligungsgesetz (ParlBG) findet nur bei einem Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte im Ausland Anwendung. Ein Einsatz bewaffneter Streitkräfte ist nicht anzunehmen, wenn eine Einbeziehung deutscher Soldatinnen und Soldaten in eine bewaffnete Unternehmung nach dem jeweiligen Einsatzzusammenhang und den einzelnen rechtlichen und tatsächlichen Umständen nicht zu erwarten ist.« In der Praxis würde das bedeuten, dass jeder gewaltvoll militärisch durchgesetzte Putsch oder Regime-Change in einem anderen Staat solange als friedlich gilt, solange die eingesetzten Soldaten den Finger nur am Abzug halten, jedoch nicht durchdrücken.

Nach Angaben der Bundesregierung war »Grund für die Evakuierung am 26. Februar 2011 eine akute humanitäre Notlage (zur Neige gehende Wasser- und Lebensmittelvorräte, keine Möglichkeit, das Lager auf dem Landweg zu verlassen)«. An dem bewaffneten Einsatz nahmen zwei Flugzeuge der Luftwaffe (C-160 ESS Transall) teil, die insgesamt 262 Personen, davon 125 deutsche Staatsbürger evakuiert haben. Gleichzeitig hatte Deutschland im Mittelmeer verschiedene Militäreinheiten aufgeföhren. Insgesamt wurden 650 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt, die formal unterschiedlichen Missionen zugeordnet sind. Allerdings stellt sich die Frage, ob unter den gegebenen Umständen ein solch massives Militäraufgebot in der Nähe libyscher Staatsgrenzen nicht zugleich eine Bedrohung des Frie-

dens oder zumindest eine völkerrechtswidrige Androhung von Gewalt darstellt.

Die Regierung versucht dabei, den Eindruck zu erwecken, dass die seit dem 25. Januar im Zusammenhang mit den Ereignissen in Nordafrika aktive deutsche Militärverbände zu Lande, zur See und in der Luft juristisch durch routinemäßige und allgemeine politische Ministerialentscheidungen gedeckt sind. Sollte sich diese Rechtsauffassung durchsetzen, würde Kanonenboot-Diplomatie zum Alltagsgeschäft.

(Aus: junge Welt, 17. Mai 2011)

* * *



Der lachende Dritte (16.05.2011)

- Berlin strebt im Libyen-Krieg nach einer einflussreichen Mittlerposition. Dies geht aus Äußerungen von Militärs und Geheimdienstkreisen hervor. Demnach sei Deutschland - als angeblich neutrale Macht - prädestiniert, einen Waffenstillstand zwischen den Kriegsparteien zu verhandeln und ihn eventuell auch mit Hilfe von Besatzungstruppen abzusichern. Entsprechende Vorschläge haben in den vergangenen Tagen mehrere Personen geäußert, die im Berliner Establishment als bestens vernetzt gelten, aber nicht mehr durch Funktionen im Regierungsbetrieb gebunden und daher für solche Vorstöße gut geeignet sind. Gleichzeitig kündigt die Bundesregierung an, in Kürze ein Verbindungsbüro in Benghasi zu eröffnen, das kontinuierlich mit den ostlibyschen Rebellen in Kontakt stehen soll. Gesprächskanäle zu Gaddafi bestehen weiter. Sollte Berlin sich zum Vermittler im Libyen-Krieg aufschwingen können, käme das einer schweren Niederlage für Paris gleich. Die französische Regierung hat den Krieg maßgeblich forciert, um ihre Positionsverluste in Nordafrika - sie hatte allzu lange auf inzwischen gestürzte Diktatoren gesetzt - wieder auszugleichen. Muss sie sich nun, anstatt die Rebellen in Tripolis an die Macht zu bringen, deutscher Vermittlung beugen, dann war dieses Bemühen vergebens.

Eine führende Rolle

Den Vorschlag, Berlin solle im Libyen-Krieg als Mittler tätig werden, hat bereits am vergangenen Wochenende der ehemalige deutsche Geheimdienstkoordinator Bernd Schmidbauer geäußert. Schmidbauer, der seit über 20 Jahren enge Kontakte nach Tripolis unterhält und schon vor einigen Wochen in die libysche Hauptstadt geflogen war, um die Chancen für die Beendigung des Krieges auszuloten, gibt an, Gaddafi sei "sofort zu einem Waffenstillstand unter UN-Kontrolle bereit"; nur müssten "die Gespräche mit den Aufständischen auf Augenhöhe stattfinden". Die Bundesrepublik könne "eine führende Rolle bei der diplomatischen Lösung des Konfliktes" spielen; schließlich sei sie nicht aktiv in den Krieg involviert. Den Libyen-Krieg erklärt Schmidbauer, in dessen Amtszeit als Geheimdienstkoordinator die ersten Kampfeinsätze der Bundeswehr in Jugoslawien fielen, für einen Fehler: "Nach meinen Erfahrungen lösen Bomben und andere militärische Einsätze bei solchen Konflikten die Probleme nur in ganz seltenen Fällen." Stattdessen solle Tripolis eine neue Verfassung verabschieden, wie sie bereits seit einem Jahr diskutiert werde. "Es ist keine Frage", räumt Schmidbauer ein, dass dabei "auch die Macht neu verteilt werden müsste". [1]

Friedenstruppen

In ähnlicher Weise hat sich an diesem Wochenende auch der ehemalige General Klaus Reinhardt geäußert. Reinhardt, der die Bundeswehreinätze in Somalia, Kroatien und Bosnien-Herzegowina leitete und von Oktober 1999 bis April 2000 die NATO-Truppen im Kosovo kommandierte, hält den Libyen-Krieg ebenfalls für einen Fehler. Man könne einen Konflikt auf dem Boden nicht mit Luftangriffen beenden; auch der Versuch, Gaddafi zu töten, sei höchst unsicher und könne "keine Strategie sein, die weiterführt". Man müsse "endlich der Schieberei ein Ende" setzen, verlangt der General. Stattdessen solle verhandelt werden. Man benötige dafür einen neutralen Vermittler, der von der UNO entsandt werden könne oder aber von der EU. Gelingen es, einen Waffenstillstand zu schließen, dann müssten "Friedenstruppen" in Libyen stationiert werden. Reinhardt sagt voraus, in diesem Falle würden "einige Länder" in Europa, die sich dem Krieg bisher verweigert hätten, ihre Haltung "revidieren". [2] Die Anspielung auf Deutschland ist unverkennbar.

Chaos vermeiden

Auch außerhalb Deutschlands werden inzwischen Stimmen laut, die für einen Waffenstillstand und für Verhandlungen zwischen Gaddafi und den ostlibyschen Rebellen plädieren. So heißt es etwa in einer aktuellen Stellungnahme der einflussreichen International Crisis Group, man könne nicht auf einen militärischen Sieg der Rebellen hoffen - dazu reichten deren Kräfte nicht aus. Sie mit Waffen zu versorgen sei außerdem riskant, da zumindest einige von ihnen enge Kontakte zu islamistischen Organisationen unterhielten. Zwar müsse Gaddafi von der Macht verdrängt werden; das könne aber im Rahmen von Verhandlungen besser gelöst werden als durch einen Krieg, bei dem man mit nicht ausreichend starken Bodentruppen operiere. Auch laufe man Gefahr, dass der Krieg in einem nicht kontrollierbaren Chaos ende. Die International Crisis Group spricht sich daher ebenfalls für baldige Gespräche zwischen der Regierung in Tripolis und den Rebellen aus Benghasi aus - freilich ohne die Bundesrepublik ausdrücklich als Mittler vorzuschlagen.[3]

Gesprächskanäle

Günstig trifft sich, dass Berlin die umgehende Eröffnung eines Verbindungsbüros in Benghasi in die Wege geleitet hat. Als Chef des Verbindungsbüros ist dem Auswärtigen Amt zufolge ein erfahrener Diplomat vorgesehen; in diesen Tagen soll eine Delegation aus Berlin alle noch offenen praktischen Fragen vor Ort klären. Die notwendigen Gesprächskanäle zu Gaddafi bestehen weiter; der ehemalige Geheimdienstkoordinator Bernd Schmidbauer hat sie kürzlich in Tripolis reaktiviert. Während Berlin sich für Verhandlungen warmläuft, begleitet die EU die deutschen Anstrengungen mit praktischen Schritten. Sie eröffnet bereits in Kürze in Benghasi ebenfalls ein Verbindungsbüro, das konkrete Maßnahmen etwa im Gesundheits- und im Bildungswesen unterstützen soll. Daneben ist vorgesehen, dass das Verbindungsbüro der EU sich auch der Grenzabschottung widmet. Derzeit suchen tausende Menschen vor dem Krieg zu fliehen; viele von ihnen machen sich mit Booten auf den Weg nach Europa. Die wachsende Zahl nordafrikanischer Flüchtlinge führt mittlerweile zu Spannungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten, die nicht bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen. Brüssel soll mit effizienter Migrationsabwehr nun Abhilfe schaffen und verhindern, dass neue Kriegsflüchtlinge nach Europa gelangen.

Kriegsprofiteur

Gelingt es Berlin, sich im Libyen-Krieg zum Mittler aufzuschwingen, käme dies einer schweren Niederlage für Paris gleich. Frankreich hat zu Jahresbeginn in Nordafrika dramatisch an Einfluss verloren, weil es allzu lange auf einige inzwischen gestürzte Diktatoren setzte. Mit entschiedener Unterstützung für die ostlibyschen Rebellen sucht Staatspräsident Nicolas Sarkozy seit dem 10. März das Ruder herumzureißen (german-foreign-policy.com berichtete [4]). In Ostlibyen genießt Frankreich derzeit in der Tat einen exklusiven Ruf. Sollten die Rebellen die Macht in ganz Libyen übernehmen, dann stünden die Einflusschancen für Paris dort gut. Können sie sich allerdings nicht durchsetzen, dann schwänden die Aussichten Frankreichs, wieder eine herausragende Stellung in Nordafrika zu erlangen, erkennbar. Verhandlungen zwischen Gaddafi und den Rebellen böten hingegen einem Mittler, der die Gespräche zum Erfolg zu führen sucht, exklusive Möglichkeiten, seine eigene Position zu verbessern. Nach Lage der Dinge kann der Mittler nur ein Staat sein, der nicht in den Krieg involviert ist, aber über ausreichendes politisches Gewicht verfügt und für alle Parteien auch ein akzeptabler Gesprächspartner ist. Die Stellenbeschreibung trifft in dieser Form ausschließlich auf Deutschland zu. Sollte der Plan gelingen, wäre der erste echte außenpolitische Alleingang [5] Berlins von Erfolg gekrönt.

[1] Schmidbauer: Tötung des Gaddafi-Sohns völkerrechtswidrig; www.welt.de 07.05.2011

[2] "Nato soll verhandeln statt schießen"; oe1.orf.at 13.05.2011

[3] Libya: Achieving a Ceasefire, Moving toward Legitimate Government; International Crisis Group 13.05.2011

[4], [5] s. dazu Der erste Alleingang